

sehe Unternehmungen beteiligt sind - durch das Bundeskartellamt genehmigungspflichtig. Ein entsprechender Passus ist selbstverständlich in diesem Vertragsentwurf enthalten. Und zweitens hat die Treuhandanstalt von Anfang an an den Verhandlungen teilgenommen und muß diesem Verhandlungskonzept selbstverständlich zustimmen.

Bogisch (SPD):

Also die Treuhandanstalt kann diese Verhandlungen führen, nicht Sie?!

(Dr. Steinberg: Der Beauftragte ist der Minister für Energie. Ich habe einen Regierungsauftrag durch die Volkskammer bekommen.)

(Unruhe im Saal)

Also ich denke, man sollte das Treuhandgesetz lesen. Und zweitens: Der Wirtschaftsminister hat auf Grund des Kartellrechts heute morgen dagegen gestimmt.

(Dr. Steinberg: Dazu müßte sich der Wirtschaftsminister noch einmal äußern.)

Also ich denke, hier müßte das Kabinett eine einheitliche Linie fahren.

Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Ich muß noch einmal wiederholen: Die Treuhandanstalt ist selbstverständlich in den Verhandlungen inbegriffen gewesen, und sie hat nach dem bisherigen Stand zugestimmt. Aber Sie müssen sich auch einmal rein technisch die Abwicklung solcher Verhandlungen vorstellen. Wir haben die 15 bezirklichen Energieerzeugungs- und Verteilungskombinate, die Großkraftwerke und die bundesdeutschen Partner - einschließlich der Gewerkschaftsvertreter - am Tisch gehabt. Rein technisch ist das natürlich eine Sache von Fachleuten, bei der selbstverständlich die Treuhandanstalt ein entsprechendes Wort mitgeredet hat.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Abgeordneter Nooke!

Nooke (Bündnis90/Grüne):

Vielleicht dazu: Es ist aber richtig, daß auf dem Vertrag oben steht, daß Sie im Auftrag der Treuhand verhandelt haben, und Sie könnten doch jetzt auch öffentlich zugeben, daß Sie hier praktisch als Staatsvertreter in der Wirtschaft die Verhandlungen geführt haben. So habe ich es jedenfalls gerade auf dem Vertrag gelesen.

Ich wollte etwas anderes fragen: Heißt das im Klartext, wie ich das von dort drüben gehört habe, und Sie haben gleich kurz geantwortet, daß wir einfach eine Option der drei Großunternehmen aus der Bundesrepublik vorgelegt bekommen haben, daß wir nicht über den nächsten Winter kommen, wenn dieser Vertrag nicht so und mehrheitlich für die Energieunternehmen abgeschlossen wird? Ich muß dazu sagen, das erscheint mir als eine sehr alte Argumentation, „nicht über den nächsten Winter zu kommen“. Und außerdem habe ich dabei das Problem, wenn wir vorher beitreten wollen (nach Art. 23 GG): Wo bleibt da die Solidarität aller Deutschen, von der so oft geredet wird?

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Ausgangspunkt für diese Aktivitäten zur Privatisierung der

Energiewirtschaft, zur Rekonstruktion, zur Sanierung der Energiewirtschaft war die vorliegende Analyse des Ist-Zustandes und die detaillierte Kenntnis über den Zustand unserer Kraftwerke, unserer Verbundsysteme und der Verteilerstruktur. Wenn wir nicht einen derartig desolaten und zur Besorgnis Anlaß gebenden Zustand vorgefunden hätten, hätten wir sicherlich diese Verhandlungen gar nicht beginnen können. Sie haben die Sache umgekehrt. Von uns ging die Aktivität aus.

Schwarz (DSU):

Ist Ihnen bekannt, daß zahlreiche Energieversorgungsunternehmen kleinerer Art in der Bundesrepublik auch bereitstehen, mit Know how hier zur Seite zu stehen? Ist Ihnen bekannt, daß die auch ihr Interesse bekundet haben, hier einzusteigen aus der Sicht, daß sie dann den Kommunen größere Chancen geben?

Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Ja, ich glaubte, das eigentlich so ausgeführt zu haben. Es sind insgesamt etwa acht kleinere Energieerzeugungsunternehmen, Versorgungsunternehmen aus der Bundesrepublik bereit, hier mitzuarbeiten. Sie sind alle herzlich willkommen, und der Vertrag enthält ausdrücklich die entsprechende Öffnungsklausel, um dort Möglichkeiten anzubieten.

(Zwischenruf von der Fraktion der DSU: Aber dann muß noch etwas da sein von dem Kuchen, nicht war?)

Ja, der Anteil von dem Kuchen sind 50 % minus einer Aktie.

(Gelächter bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Wollen Sie noch eine Frage stellen? - An sich ist zu dieser Regierungserklärung eine Aussprache gedacht, und ich denke, es wäre jetzt vielleicht angemessen, wenn wir die Aussprache nicht in die Zwischenfragen verlagern, sondern wenn wir mit der Aussprache beginnen. Sollte es noch einen Antwortbedarf geben, so können wir darüber entscheiden, ob der Minister dann noch einmal das Wort dazu bekommen soll.

Das Wort zu dieser Regierungserklärung hat der Abgeordnete Weis.

Weis für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Zur Einleitung möchte ich erklären, daß die Verschiebung der Aussprache möglicherweise verhindert hat, den Verhandlungsführern der DDR-Seite Argumente oder Signale aus der Volkskammer zur Stärkung ihrer Verhandlungsposition zu geben.

(Beifall bei der SPD- und PDS-Fraktion)

Denn wir haben gehört: Die Verhandlungen gehen weiter, und deshalb empfinde ich die Verschiebung bedenklich, und ich nehme mir die Freiheit, darüber zu meditieren, welche persönliche Interessenlage wohl zu dem Antrag zur Absetzung von der heutigen Tagesordnung geführt hat.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS - Unruhe im Saal)

Damit die Bewertung des ausgehandelten Vertrages, die ich jetzt im Namen der SPD vortragen werde, von Ihnen nachvollziehbar ist, erlaube ich mir, Grundzüge des Energiekonzeptes der Sozialdemokratischen Partei, das auch wesentlich den energiepolitischen Part der Koalitionsvereinbarung mitbestimmt hat, vorzustellen.

Ich möchte vorausschicken: Wenn in diesem sowohl Wirt-